

30.04.2024

Niederschrift über die Senatssitzung

(IV.1)

Frau Staatsrätin [REDACTED] trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2024/875, betreffend

Entwurf eines Hamburgischen Gesetzes zur Besoldungs- und  
Beamtenversorgungsanpassung 2024/2025

hier: Verfahren zur Vorwegunterrichtung des Senats,

vor.

Der Senat fasst folgenden Beschluss:

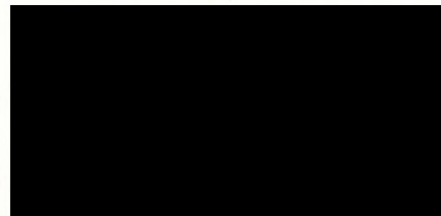
1. Der als Anlage 1 zur Drucksache vorgelegte Entwurf „Hamburgisches Gesetz zur Besoldungs- und Beamtenversorgungsanpassung 2024/2025 und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Regelungen“ wird zur Kenntnis genommen.
2. Das Personalamt wird beauftragt, die Beteiligungsverfahren mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und Berufsverbänden nach § 53 Beamtenstatusgesetz und § 93 Hamburgisches Beamtengesetz (HmbBG) sowie dem Landespersonalausschuss nach § 94 HmbBG durchzuführen.
3. Die Senatskanzlei wird beauftragt, dem Direktor bei der Bürgerschaft den Gesetzentwurf unter Hinweis auf die Bürgerschaftsdrucksachen 22/13766 und

30.04.2024

Seite 2 (IV.1)

22/13815 mit der Bitte um Kenntnisnahme und Weiterleitung an die Präsidentin der Bürgerschaft und die Geschäftsstellen der Fraktionen zu übersenden.

Gr. Verteiler





Berichterstattung:  
Bürgermeister Dr. Tschentscher  
Staatsrat Pörksen

TOP IV.1  
Entwurf

Vorblatt zur  
Senatsdrucksache  
Nr. 2024/00875  
vom: 25.04.2024  
für den Senat  
am: 30.04.2024  
IV

**Entwurf eines Hamburgischen Gesetzes zur Besoldungs- und Beamtenversorgungsanpassung 2024/2025**

hier: Verfahren zur Vorwegunterrichtung des Senats

**A. ZIELSETZUNG**

Die Drucksache dient der Unterrichtung des Senats über die geplante gesetzliche Anpassung der hamburgischen Besoldung und Beamtenversorgung an die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse nach § 17 Hamburgisches Besoldungsgesetz. Die Anpassung der Besoldung und der Versorgung erfolgt durch Übernahme der Entgeltsteigerungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg aus dem Tarifabschluss für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder vom 9. Dezember 2023.

**B. LÖSUNG**

Kenntnisnahme durch den Senat und Beauftragung des Personalamts zur Durchführung der für die Änderungen gemäß anliegendem Gesetzentwurf erforderlichen Verfahren.

**C. AUSWIRKUNGEN AUF DEN HAUSHALT**

Für den Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg einschließlich der Landesbetriebe und Hochschulen ergibt sich durch die Übertragung des Tarifabschlusses auf den Beamtenbereich eine Belastung von 30,9 Mio. Euro in 2024 (19,3 Mio. Euro Besoldung und 11,6 Mio. Euro Versorgung) und weiteren 360,2 Mio. Euro in 2025 (225,3 Mio. Euro Besoldung und 134,9 Mio. Euro Versorgung).

Die Erhöhung der Stellenzulagen ab dem 1. August 2025 bzw. ab dem 1. August 2026 bewirkt Mehrbelastungen in 2025 in Höhe von 2,7 Mio. Euro und in 2026 in Höhe von weiteren 4,4 Mio. Euro.

Zur finanziellen Unterstützung der daraus resultierenden Mehrkosten gegenüber den bisher im Haushaltsjahr 2024 veranschlagten Ermächtigungen werden den Behörden und Ämtern durch den Epl. 9.2 notwendige Verstärkungen im Rahmen der Bewirtschaftung nach Prüfung bereitgestellt. Die Mehrkosten für die Haushaltsjahre ab 2025 werden im Rahmen der Planaufstellung berücksichtigt.



**D. AUSWIRKUNGEN AUF DIE VERMÖGENSLAGE**

Steigender Personalaufwand mindert grundsätzlich über die Ergebnisrechnung das Eigenkapital.

**E. SONSTIGE FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN**

Keine.

**F. VOLLZUGSAUFWAND**

Der für das Zentrum für Personaldienste entstehende Erfüllungsaufwand, der sich durch die Anpassung der Besoldung und Beamtenversorgung ergibt, kann mit den vorhandenen Ressourcen mithilfe der vorhandenen Personalverwaltungssoftware abgedeckt werden.

**G. AUSWIRKUNGEN AUF**

☐ Familienpolitik

☐ Klimaschutz

☐ Inklusion

☐ Gleichstellung

Keine.

**H. NOTIFIZIERUNG NACH EU-RECHT**

Eine Notifizierungspflicht besteht nicht.

**J. VORWEGÜBERWEISUNG**

Entfällt.

**J. ALTERNATIVEN**

Keine.

**K. ANLAGEN**

Gesetzentwurf mit Begründung und Anlagen.